

# Daten zur Situation von Kindern

## Vorbemerkungen

Mit dem für 1979 proklamierten „Internationalen Jahr des Kindes“ verbinden die Vereinten Nationen das konkrete Ziel, die soziale Lage und die Rechtsstellung des Kindes nachhaltig zu verbessern, indem das Bewußtsein aller Verantwortlichen für die vielfältigen Belange von Kindern und deren spezifische Interessen geweckt bzw. geschärft wird. Dabei wird an alle Beteiligten, also an Eltern, Erzieher, Verbände und Behörden, an die Gesellschaft schlechthin appelliert.

Die Sorge um das Wohl von Kindern ist auch in hochindustrialisierten Ländern keineswegs unbegründet. Es gelingt hier zwar ganz überwiegend, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, inwieweit dabei aber das kindliche Recht auf Zuneigung, Liebe und Verständnis, auf freie Erziehung und optimale Chancen zu Spiel und Erholung<sup>1</sup> verwirklicht wird, muß dahingestellt bleiben. Zumindest alarmieren immer wieder Meldungen über Kindesmißhandlungen, Kinderunfälle, zunehmende psychische Entwicklungsstörungen usw. und weisen auf das gewichtige Thema der „Gewalt gegen Kinder“ hin.

Diese und andere kinderrelevante Fragen rücken besonders in jüngster Zeit – im Zusammenhang mit der Problematik um die Ursachen und Folgen des mittlerweile eklatanten Geburtenrückgangs – in den Mittelpunkt des Interesses. So wurde in Baden-Württemberg das Problembewußtsein der Öffentlichkeit für Familie und Erziehung bereits durch die „Aktion Familie“ geweckt. Vertieft wird dies im Jahr 1979 durch eine landesweite Aktion „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, die für eine kinderfreundliche und kindergerechte Umwelt werben, bisherige Aktionen für das Kind verstärken und neue Initiativen einleiten soll. Zudem hat die Landesregierung im Rahmen ihres Familienprogramms angekündigt, bei der Geburt von Kindern ein zinsloses Landesdarlehen (innerhalb bestimmter Einkommensgruppen) zu gewähren. Es liegt daher nahe, die Situation von Kindern in verschiedenen Lebensbereichen auch aus datenorientierter Sicht zu beleuchten, wengleich dies mangels ausreichenden und geeigneten Zahlenmaterials keineswegs umfassend geschehen kann. So versucht im folgenden ein erster Datenausschnitt der Frage nach der familiären Situation, in der heute die Kinder aufwachsen,

näherzukommen. Zentral ist auch eine Betrachtung der finanziellen Basis der Familien, mit der die Problematik der Erwerbstätigkeit von Müttern verbunden ist. Ein weiterer Ausschnitt könnte mit der Frage umrissen werden: was bietet die Gesellschaft den Kindern? Neben der medizinischen Versorgung steht hier vor allem das Thema der Gewalt von und an Kindern sowie der Aspekt der Erziehung im Vordergrund der Untersuchung. Gerade in diesen Bereichen kommen die besonderen Schwierigkeiten von Kindern ausländischer Staatsangehörigkeit statistisch zum Ausdruck. Abschließend wird kurz das Thema der Freizeitgestaltung und Spielmöglichkeiten der Kinder gestreift, die nicht zuletzt von der Wohnsituation abhängen.

## Kinder unter 15 Jahren – ein Fünftel der Gesamtbevölkerung

Anfang 1978 lebten in Baden-Württemberg rund 1,9 Mill. Kinder unter 15 Jahren. Mit rund 222 000 Kindern betrug der Ausländeranteil insgesamt 12%, wobei jedoch – bedingt durch die höhere Fruchtbarkeit der ausländischen Frauen – in der Altersklasse unter fünf Jahren auf vier deutsche ein ausländisches Kind kam. Bis zum Jahresende 1978 hat sich die Zahl der Lebendgeborenen um rund 1000 auf 89 900 verringert, weil einerseits die Ausländergeburten abgenommen haben (– 700) und sich andererseits trotz der etwas stärkeren Besetzung relevanter Mutterjahrgänge die Geburtenzahl deutscher Frauen (– 300) kaum veränderte. Ob die Ursache hierfür in einer weiteren „Kinderermüdung“ liegt oder – wie eine Sonderuntersuchung ergab – zu einem Drittel der Fälle auch die seit Jahren sinkende Heiratshäufigkeit Ursache für die „fehlenden deutschen Geburten“ ist, bleibt abzuwarten. Legt man die niedrige Geburtenziffer von 1976 der zukünftigen Entwicklung zugrunde, wird es bis zum Jahr 2000 nur noch knapp 1,5 Mill. Kinder unter 15 Jahren geben und bis 2030 wird deren Zahl auf rund 1 Million absinken.

## Immer weniger „Kinderreiche“ – mehr Scheidungswaisen

In jedem Fall gehört Baden-Württemberg, zusammen mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern noch zu den geburtenfreudigeren Ländern des Bundesgebiets. Während 1977 im Bundesdurchschnitt 175 Kinder je 100

<sup>1</sup> Wie es u.ä. in der beschlossenen internationalen Charta des Kindes postuliert wird.

Tabelle 1  
Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Familientyp und Anzahl der Kinder  
Ergebnisse des Mikrozensus

Familientyp	Jahr	Familien	davon mit ... Kindern					Kinder	
			1	2	3	4	5 und mehr	1000	%
			%					1000	%
Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern <sup>1)2)</sup>	1972	1 227,0	39,3	35,8	16,3	5,4	3,1	2 446,0	94,8
	1978	1 195,1	43,7	38,0	19,2	3,7	1,3	2 172,9	93,9
Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden Kindern <sup>1)</sup>	1972	69,7	58,8	27,3	(7,8)	(. .)	(. .)	114,9	4,5
	1978	83,1	61,7	25,3	(. .)	(. .)	(. .)	130,6	5,6
Ledige Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern <sup>1)</sup>	1972	15,0	86,7	(. .)	(. .)	(. .)	(. .)	17,9	0,7
	1978	17,1	87,1	(. .)	(. .)	(. .)	(. .)	19,8	0,9
Familien	1972	1 311,7	40,9	35,1	15,7	5,3	3,1	-	-
	1978	1 295,3	45,4	36,8	12,8	3,6	1,3	-	-
Kinder	1972	-	-	-	-	-	-	2 578,8	100
	1978	-	-	-	-	-	-	2 323,3	100

<sup>1)</sup> Evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben. – <sup>2)</sup> Einschließlich getrennt lebend.

Tabelle 2  
**Familien nach dem Nettoeinkommen des erwerbstätigen Familienvorstandes 1978**  
 Ergebnisse des Mikrozensus

Familienstand des Familienvorstandes	Familien-vorstände insgesamt	Mit Einkommensangabe										Ohne Einkommensangabe		
		zusammen	davon mit Einkommen von ... bis unter ... DM										Selbst. Landwirte und mit-helfende Familien-angehörige	ohne Angaben, ohne Einkommen
			unter 600	600 - 1 200	1 200 - 1 400	1 400 - 1 800	1 800 - 2 500	2 500 - 3 000	3 000 - 4 000	4 000 - 5 000	5 000 und mehr			
1000	%										1000			
Zusammen														
Familien mit Kindern .....	1 655,3	1 438,5	(.)	10	13	28	24	7	7	2	2	58,8	28,3	
Familien ohne Kinder .....	1 539,7	613,1	(1)	18	18	27	18	5	4	(1)	(2)	24,7	13,3	
Verheiratet														
Familien mit Kindern .....	1 454,0	1 337,6	(.)	8	13	28	25	7	7	2	2	52,6	26,7	
Familien ohne Kinder .....	862,6	488,5	(.)	15	18	29	20	5	4	(1)	(2)	15,0	11,7	
Ledig. verwitwet, geschieden														
Familien mit Kindern .....	201,3	100,9	(.)	40	13	20	11	(.)	(.)	(.)	(.)	6,2	1,6	
Familien ohne Kinder .....	677,1	124,6	(4)	32	15	21	12	(.)	(.)	(.)	(.)	9,7	1,6	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

der seit 11 bis 15 Jahren bestehenden Ehen deutscher Frauen gezählt wurden, waren es in Baden-Württemberg immerhin noch 182 Kinder. Um allerdings die für die Reproduktion der Bevölkerung erforderliche Kinderzahl von 220 zu erreichen, müßte der Anteil der Ehen mit einem Kind zugunsten des Anteils der Ehen mit drei und mehr Kindern stark zurücktreten. Dies war in der Vergangenheit aber nicht der Fall, denn der Geburtenrückgang trat bei den kinderreichen Familien am deutlichsten in Erscheinung. So betrug die Abnahmerate der ehelichen Lebendgeburten im Zeitraum 1964/1977 insgesamt knapp 44%; sie belief sich beim 3. Kind auf 59% und beim 7. und weiteren Kind sogar auf 81%. So haben immer weniger Kinder mehrere Geschwister bzw. nehmen die Einzelkinder zahlenmäßig immer mehr zu; 1977 waren dies bereits rund 582 000 und damit 46 000 mehr als 1972. Die rückläufige Geburtenzahl schlägt sich darüber hinaus unmittelbar in einer Umstrukturierung der Familien nieder. Während die Zahl der Ehepaare sowie der verwitweten oder geschiedenen Personen *ohne* ledige Kinder langfristig überproportional zunahm, ist bei Familien *mit* Kindern insgesamt lediglich ein unterdurchschnittlicher Zuwachs festzustellen.

Familien-zusammensetzung	1961	1978	Veränderung 1978/61
	1000		
Familien insgesamt .....	2 581	3 195	+ 23,8
darunter			
ohne Kinder <sup>1)</sup> .....	1 014	1 536	+ 51,5
mit Kindern <sup>1)</sup> .....	1 487	1 655	+ 11,3

<sup>1)</sup> in der Familie lebende ledige Kinder bzw. ledige Enkel.

Die Zahl der hier besonders interessierenden Gruppe der *Familien mit Kindern unter 18 Jahren* ist seit 1972 insgesamt sogar leicht zurückgegangen (Tabelle 1). Allerdings beschränkt sich die Abnahme auf die sogenannten vollständigen Familien, in denen beide Elternteile für die Erziehung der Kinder unmittelbar zur Verfügung stehen. Die unvollständigen Familien mit nur einem Elternteil, und zwar ganz überwiegend mit verwitwetem oder geschiedenen Familienvorstand, haben bis 1978 um 15 000 auf insgesamt 100 000 zugenommen. 1978 lebten somit sechs von hundert minderjährigen Kindern in einer unvollständigen Familie und zwar in 9 von 10-Fällen mit der Mutter zusammen.

Diese Zahlen weisen auf einen engen Zusammenhang mit der sprunghaft gestiegenen Zahl der Ehescheidungen hin. Während 1965 auf 10 000 der bestehenden Ehen 33,3 Scheidungen entfielen, wuchs deren Zahl bis 1976 auf mehr als das Doppelte an (67,5). Zwar sind nach wie vor die Ehen ohne Kinder besonders scheidungsanfällig, denn von fünf geschiedenen Ehen waren zwei kinderlos. Betrachtet man darüber hinaus die Zuwachsraten der Ehescheidungen zwischen 1965 und 1976 (insgesamt + 116,2%)

fällt auf, daß neben kinderlosen Ehen (+ 126,5%) vor allem Ehen mit zwei (+127,4) bzw. drei (+120,1%) minderjährigen Kindern davon betroffen sind. Insofern kann kaum verwundern, daß es 1976 mit über 15 600 mehr als doppelt so viele minderjährige „Scheidungsweisen“ wie 1965 gab.

Im Jahr 1977 wurden aufgrund des Inkrafttretens des neuen Scheidungsrechts, das die zeitliche Abwicklung der Scheidungen nachhaltig beeinflusste, rund 10 000 Ehen mit über 9000 „Scheidungsweisen“ nach altem Recht sowie lediglich 242 Ehen mit 94 betroffenen minderjährigen Kindern nach neuem Recht geschieden.

Immer mehr der insgesamt rund 28 500 Kinder, die in Heimen oder Pflegefamilien versorgt werden, erhalten die Chance zur Adoption. 1286 Minderjährige konnten 1977 aus den Bereichen der Jugendämter Adoptiveltern finden. Das bedeutet im Vergleich zu 1976 eine Zunahme um 128 Adaptionen oder rund 11%. Mit 404 war die Zahl der am Jahresende 1977 zur Adoptionsvermittlung vorgemerkten Kinder um ein Fünftel kleiner als die des Vorjahres. Etwas geringer war mit 2525 auch die Zahl der vorhandenen Adoptionsstellen, für die ein Kind noch nicht vorgeschlagen werden konnte. Wahrscheinlich hängt dies unmittelbar mit dem erklärten Wunsch vieler Elternpaare zusammen, in erster Linie ein Baby oder Kleinkind adoptieren zu wollen.

### Unterschiedlicher finanzieller Spielraum der Familien

Die wirtschaftliche Situation der Familien – gemessen am Nettoeinkommen pro Monat – hängt entscheidend davon ab, ob der Familienvorstand erwerbstätig ist, welchen Familienstand er hat, ob Kinder vorhanden sind und ob die Ehefrau ebenfalls erwerbstätig ist. So verfügten 1978 rund 60% der nichterwerbstätigen Familienvorstände (gleichgültig ob mit oder ohne Kinder) lediglich über ein Nettoeinkommen von unter 1200 DM und nur knapp ein Drittel hatte mehr als 1200 DM pro Monat. Ging der Familienvorstand einer Erwerbstätigkeit nach, kehrte sich diese Relation um: Bei den Familien ohne Kinder lagen etwa 75% über der Marke von 1200 DM, bei den Familien mit Kindern kamen – wahrscheinlich spielen hier die Altersstruktur sowie der Familienlastenausgleich eine Rolle – mehr als vier Fünftel (83%) auf über 1200 DM Monatsverdienst.

Innerhalb der Gruppe der Familien *mit* Kindern haben die vollständigen Familien (mit erwerbstätigem Familienvorstand) die bessere finanzielle Ausgangsposition: Während zwar etwa die Hälfte (53%) über ein Monatseinkommen zwischen 1400 DM und 2500 DM und weitere 18% über 2500 DM verfügen kann, hat immerhin noch fast jede vierte Familie ein Nettoeinkommen von unter 1400 DM pro Monat zur Verfügung. Noch wesentlich schlechter gestellt sind die unvollständigen Familien; denn hier verdient lediglich ein Drittel zwischen 1200 und 1800 DM, nur jede elfte verfügt über mehr als 1800 DM pro Monat und immerhin

**Tabelle 3**  
**Kosten eines Kindes pro Monat**

Bedarfsgruppe	Mindestlebensbedarf <sup>1)</sup>				Verbrauch <sup>2)</sup>	
	1965		1978		1978	
	DM	%	DM	%	DM	%
<b>Lebenshaltung insgesamt</b> .....	136	100	237	100	479	100
davon						
Nahrungsmittel.....	72	52,9	114	48,1	230	48,1
Kleidung, Schuhe.....	22	16,1	37	15,6	75	15,6
Wohnungsmiete.....	16	11,7	33	13,9	67	13,9
Elektrizität.....	5	3,6	11	4,6	22	4,6
Hausrat.....	6	4,4	10	4,2	20	4,2
Körper-, Gesundheitspflege.....	7	5,1	13	5,5	26	5,5
Bildung, Unterhaltung, Verkehr.....	9	6,6	19	8,0	38	8,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1)</sup> Bewertetes Mengenschema 1965 fortgeschrieben mit dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes. - <sup>2)</sup> Errechnet mit Hilfe sog. „Vollpersonenwerte“ aus den „laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte mit mittlerem Einkommen“.

40% aller ledigen, verwitweten oder geschiedenen Väter oder Mütter müssen mit weniger als 1200 DM netto auskommen. Und dies bei den gar nicht geringen Kosten für ein Kind (Tabelle 3).

### Was kostet ein Kind?

Zwar lassen sich aufgrund der unterschiedlichen finanziellen und familienspezifischen Ausgangspositionen kaum Durchschnittswerte für die Kosten, die die Lebenshaltung eines Kindes verursachen, ermitteln. Möglich erscheint lediglich die Orientierung an einem absolut lebensnotwendigen *Mindestbedarf*, der 1965 erstmalig in einem mit Marktpreisen bewerteten Mengenbedarfschema festgestellt wurde. Danach kostete die einfache Lebenshaltung eines minderjährigen Kindes pro Monat im Jahre 1965 136 DM; fortgeschrieben mit Hilfe des sogenannten Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes errechnet sich danach für 1978 im Durchschnitt aller Altersgruppen ein Wert von 237 DM (Tabelle 3). Dieser Betrag deckt sich in etwa mit den nach dem Bundessozialhilfegesetz festgesetzten Regelsätzen für haushaltsangehörige Personen

bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres	131 DM
vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres	189 DM
vom Beginn des 12. bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres	218 DM
vom Beginn des 16. bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres	261 DM
vom Beginn des 22. Lebensjahres an	232 DM

Die genannten Beiträge resultieren in erster Linie aus Bedarfsüberlegungen, die zur Zeit im Rahmen einer notwendig gewordenen grundlegenden Revision aktualisiert werden. Die Werte des effektiven Verbrauchs eines Kindes pro Monat dürften generell hingegen beträchtlich höher liegen. Dafür sprechen zumindest die auf eine erwachsene Person umgerechneten Ergebnisse der „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“. Setzt man nämlich beispielsweise für ein Kind lediglich die Hälfte der monatlichen Lebenshaltungskosten einer solchen „Vollperson“, die aus den Angaben von 4-Personen-Haushalten (2 Erwachsene, 2 Kinder) mit mittlerem Einkommen errechnet wurden, an, so ergibt sich ein wesentlich realistischer Verbrauchswert in der Spanne zwischen 450 und 500 DM pro Kind.

Das Haushaltsbudget einer Familie wird also insbesondere durch mehrere Kinder entscheidend geschmälert. Steuerliche Entlastungen und Kindergeld *allein* können die Mehrbelastung gegenüber kinderlosen Familien kaum ausgleichen, dies soll an einem vereinfachten Rechenexempel kurz skizziert werden:

Bei einem Jahresbruttolohn von insgesamt 45 000 DM (für diese Einkommenshöhe besteht noch ein Anspruch auf mehrere einkommenserhöhende sogenannte Transferleistungen wie Spar- und Wohnungsbauprämie, Arbeitnehmersparzulagen u. ä.) wird 1979

eine Familie mit 1 Kind (Steuerkl. III/1): 676 DM  
eine Familie mit 2 Kindern (Steuerkl. III/2): 1830 DM  
jährliche Entlastung durch Lohnsteuer und Kindergeld gegenüber einer kinderlosen Familie desselben Jahresbruttolohns haben. Dieser finanziellen Entlastung steht – wie bereits zuvor festgestellt – für die einfache Lebenshaltung eines Kindes (Mindestbedarf) pro Jahr ein Betrag von rund 2800 DM gegenüber. Legt man die oben genannten realistischen Verbrauchswerte zugrunde, so erhöht sich dieser Betrag sogar auf mindestens 5400 DM. Eine erwähnenswerte weitere Entlastung für Familien mit Kindern ist in dem vorgesehenen Freibetrag von 1200 DM für die Betreuung eines Kindes zu sehen.

**Tabelle 4**  
**Ausgewählte Sozialleistungsziffern**

Bezeichnung	Einheit	1970	1974	1977
Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung .....	%	24,3	22,8	20,8
Anteil der Sozialleistungen für Kinder an den gesamten Sozialleistungen.....	%	9,3	7,3	6,0
Sozialleistungen für Kinder je Kopf der Bevölkerung unter 15 Jahren.....	DM	1 088	1 582	1 871
Durchschnittliche jährliche Veränderung....	%		9,8	5,7
Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung .....	%	11,8	12,9	13,9
Anteil der Sozialleistungen für Alter an den gesamten Sozialleistungen.....	%	35,2	34,9	39,0
Sozialleistungen für Alter und Hinterbliebene (ohne Waisen) je Kopf der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren.....	DM	6 214	10 165	14 907
Durchschnittliche jährliche Veränderung....	%		13,1	13,6

Über die genannten Hilfen hinaus wurde bisher den Kindern innerhalb des gesamten Sozialleistungsgefüges (z. B. gegenüber der Gruppe der älteren Menschen) vergleichsweise weniger Beachtung geschenkt (Tabelle 4). So weisen die Zuwachsraten der Sozialleistungen für Kinder pro Kopf der Bevölkerung unter 15 Jahren seit 1970 zunächst steigende, dann fallende Tendenz auf, wobei sie ausnahmslos eine geringere Höhe als die allgemeinen Sozialleistungsziffern annehmen. Künftig wird das Land daher – im Interesse einer intensiven Förderung der Familie – neben direkten wirtschaftlichen Hilfen, wie zum Beispiel die bereits erwähnten Geburtsdarlehen, familien- und kindgerechte Modelle und Maßnahmen finanziell unterstützen.

**Tabelle 5**  
**Erwerbsquoten von Frauen<sup>1)</sup> 1978**  
Ergebnisse des Mikrozensus

Bezeichnung	Von je 100 Frauen sind ... erwerbstätig				
	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
Frauen insgesamt .....	42	55	44	13	63
Mütter mit Kindern .....	47	80	46	31	76
Mütter mit Kindern unter 18 Jahren .....	48	83	47	46	79
und zwar					
mit 1 Kind .....	55	88	53	48	83
mit 2 Kindern.....	44	(.)	43	(46)	(78)

<sup>1)</sup> Im Alter von 15 und mehr Jahren (ohne Anstaltsbevölkerung).

### Hohe Erwerbstätigenquote bei Müttern

Während die Erwerbstätigkeit der Frau im Fall einer vollständigen Familie häufig lediglich Zuverdienst bedeutet, ist das Einkommen speziell bei den alleinstehenden ledigen oder geschiedenen Müttern Basis für den Lebensunterhalt. Diese Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit läßt sich auch an der hohen Tätigkeitsquote dieser Frauen ablesen (Tabelle 5).

Konsequenzen hinsichtlich der Betreuung der Kinder ergeben sich insbesondere aus dem Umfang der geleisteten Wochenarbeitszeit. Danach müssen Kinder aus unvollständigen Familien ver-

gleichsweise die längste Zeit ohne elterliche Betreuung auskommen:

73% der alleinstehenden Mütter mit einem Kind und 50% derjenigen mit zwei Kindern arbeiteten 1977 40 und mehr Stunden pro Woche; mit 50 bzw. 43% lagen die entsprechenden Quoten bei verheirateten Frauen doch deutlich darunter.

### Rund eine Stunde Fernsehen täglich

Nach Ergebnissen der Infratest Medienforschung<sup>2</sup>, die den von der amtlichen Statistik nicht erfaßten Bereich der Freizeitgestaltung untersuchte, beschäftigten sich Kinder und Jugendliche (6 bis 17 Jahre) in ihrer freien Zeit „oft und manchmal“ mit folgenden Tätigkeiten (in %):

Mit Freunden draußen spielen,	
etwas unternehmen	91
Unterhaltungsspiele oder mit Spielsachen spielen	71
Sport treiben	67
Gar nichts tun, faulenzeln	59
Zeichnen, malen	59
Basteln, Handarbeiten	55
Beschäftigung mit Tieren, Pflanzen	53
Wandern, Ausflüge	47
Musizieren	30
Ins Kino gehen	27

Viel Zeit investieren Kinder dieser Altersgruppe auch in die verschiedenen Medien: durchschnittlich rund 128,5 Stunden pro Monat. Davon entfällt die Hälfte auf die Druckerzeugnisse (Buch: 12,5 Stunden; Zeitschrift, Romanhefte und Comic: 9 Stunden; Zeitung 4 Stunden); allerdings sind darin auch 38 Stunden Pflichtlektüre im Schulbuch enthalten. 12 Stunden monatlich werden Schallplatten und Kassetten gespielt, insgesamt 18,5 Stunden Radio gehört, sowie 33,5 Stunden ferngesehen.

Die Mithilfe der Kinder im Haushalt fällt demgegenüber recht bescheiden aus: insgesamt eine halbe Stunde pro Tag „opfern“ sie für Einkäufe, fürs Spülen, Putzen und Aufräumen.

An der Spitze der Verwendungsskala des Taschengeldes<sup>2</sup> steht das Sparen für größere Anschaffungen (60%). Danach folgen die Ausgaben für Essen, Trinken und Naschereien (56%). Spielsachen (38%) und Comics (31%) spielen vor allem bei den Jüngeren (6 bis 9 Jahre) eine wichtige Rolle; bei den 13- bis 17jährigen dominieren die Ausgaben für Schallplatten und Musikkassetten. Für „nützliche Dinge“ wie Schulsachen oder Kleidung wird insgesamt nur zu 25% regelmäßig Taschengeld aufgewendet.

### Unzureichende Spielmöglichkeiten

Aufgrund der Bauleistungen im vergangenen Jahrzehnt hat sich die quantitative Wohnungsversorgung insgesamt gesehen merklich gebessert: Während in Baden-Württemberg 1967 noch 0,75 Personen auf einen Wohnraum entfielen, betrug diese Zahl 1977 nur noch 0,60 und entsprach damit genau dem Bundesdurchschnitt. Diese lediglich auf die durchschnittliche Wohnungsbelegung bezogene allgemeine Verbesserung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch heute noch insbesondere kinderreiche Familien schwer haben, eine familien- und vor allem kindergerechte Wohnung, die ausreichend Raum für den Bewegungsdrang und den Spieltrieb der Kinder bietet, zu finden. Neben vielen anderen Ursachen spielt auch die nicht kindgemäße Planung der Wohnungen eine gewichtige Rolle: nach den für den öffentlich geförderten Wohnungsbau gültigen DIN-Normen 18011 und 18022 wird einem Kind nämlich lediglich eine Spiel- und Bewegungsfläche von insgesamt 2,16 m<sup>2</sup> zugebilligt. Die Förderung des Familienwohnungsbaues, speziell für kinderreiche Familien und für alleinstehende Mütter und Väter ist daher ein besonderes Anliegen der Landesregierung: für das laufende Jahr wurden 63 Mill. DM für diesen Zweck bereitgestellt. Dies erscheint um so mehr erforderlich, als noch 1972 – dem Jahr der zuletzt durchgeführten Wohnungsstichprobe – nicht jedes Kind sein eigenes

Tabelle 6

### Spielmöglichkeiten der Kinder außerhalb des Hauses

Familientyp	Genügend Spielmöglichkeiten in % <sup>1)</sup>		
	nur auf dem Grundstück	in der näheren Umgebung	auf dem Grundstück und in der näheren Umgebung
Vollständige Familien .....	22	53	38
darunter			
Wohnungseigentümer .....	26	54	46
Hauptmieter .....	19	52	33
Unvollständige Familien .....	13	50	30

<sup>1)</sup> aller Familien mit Kinder unter 18 Jahren.

Bett hatte, geschweige denn über ein eigenes Zimmer verfügen konnte.

Auch in der Wohnumgebung lassen die Spielmöglichkeiten für Kinder sehr zu wünschen übrig. Hier haben die Überbauung der Landschaft sowie die Priorität des Straßenverkehrs besonders in den verdichteten Gebieten kaum noch Möglichkeiten gelassen. Ersatzweise hat man Spielplätze gebaut, doch fehlen nach einer bundesweiten Umfrage des Deutschen Kinderschutzbundes in der Bundesrepublik mindestens 100 000 Kinderspielplätze im öffentlichen wie im privaten Bereich. Dieses alarmierende Ergebnis wird indirekt auch durch die amtliche Statistik bestätigt: Spielmöglichkeiten für Kinder auf dem Grundstück oder in der näheren Umgebung der Wohnung gab es 1972 lediglich bei jeder zweiten Familie mit minderjährigen Kindern. Über wesentlich weniger derartige Zerstreuung verfügten Kinder aus unvollständigen Familien; auch Kinder aus „Mieterfamilien“ stellten sich schlechter als diejenigen, deren Eltern Wohnungseigentümer waren (Tabelle 6). Etwas besser sah es hinsichtlich der Qualität des weiteren Wohnumfeldes aus: beispielsweise rund drei Viertel der vollständigen Familien mit Kindern konnten von ihrer Wohnung aus leicht eine Grünanlage erreichen. Allerdings waren nur etwa 80% dieser Familien damit zufrieden; 20% fänden die Grünzone zu klein oder bemängelten den Lärm bzw. fehlende Sitzgelegenheiten.

### Ein Kinderarzt für 2500 Kinder

Die medizinische Versorgung der Kinder mit entsprechendem Fachpersonal hat sich – bei beträchtlichen Unterschieden in den einzelnen regionalen Teilbereichen – insgesamt verbessert. 1977 kamen in Baden-Württemberg durchschnittlich

auf 2 537 Kinder <sup>1</sup>	1 Kinderarzt
auf 79 112 Kinder	1 Facharzt der Kinderchirurgie
auf 48 721 Kinder	1 Kinder- und Jugendpsychiater
auf 427 Kinder	1 Kinderkrankenschwester

<sup>1)</sup> Unter 15 Jahren.

Dies bedeutet im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine günstigere Versorgung.

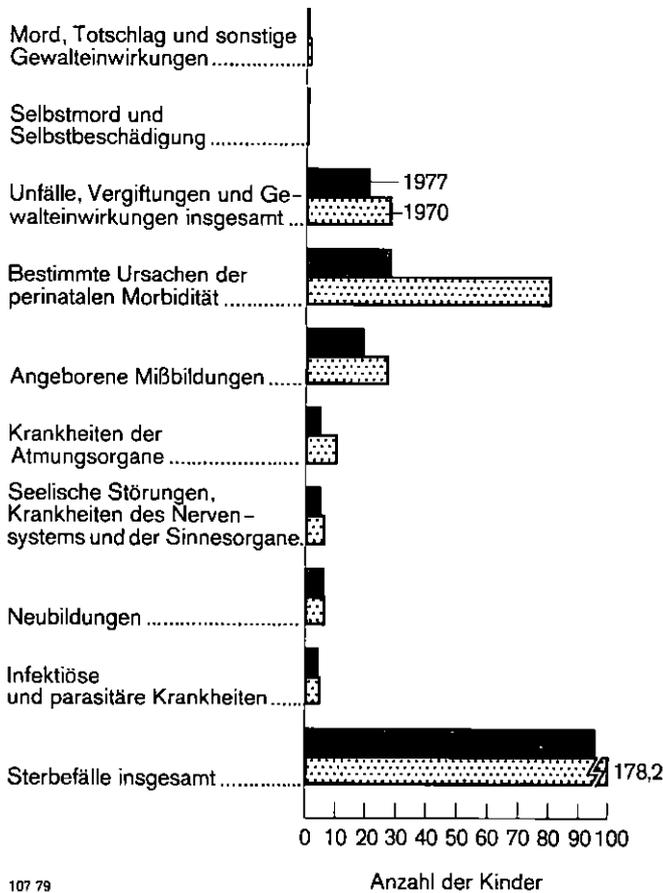
In unmittelbarem Zusammenhang mit dem medizinischen Fortschritt sowie den generell verbesserten Lebensbedingungen konnte nicht zuletzt die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen stark erhöht werden. Sie beträgt (nach der Sterbetafel 1970/72) für Baden-Württemberg bei Jungen 68,49 Jahre und bei Mädchen 74,50 Jahre. Anfang dieses Jahrhunderts (Sterbetafel 1901/10 für Württemberg) hatten Jungen noch eine Lebenserwartung von durchschnittlich 45,15 Jahren und Mädchen von 48,08 Jahren.

Ursache dieser erhöhten Lebenserwartung ist unter anderem vor allem der beträchtliche Rückgang der Säuglingssterblichkeit: auf 1000 Lebendgeborene kamen 1977 12,5 Gestorbene gegenüber noch 30,3 im Jahre 1960. Damit wies Baden-Württemberg 1977 den günstigsten Wert innerhalb des Bundesgebietes auf (Bundesdurchschnitt: 15,4). Allerdings zeigt der internationale Vergleich (für 1976), daß die Säuglingssterblichkeit durchaus wesentlich geringere Raten annehmen kann (z. B. Schweden: 8,7; Schweiz: 10,7; Niederlande: 10,5; Japan: 9,1).

<sup>2</sup> Vgl.: Bericht 160: „Kommunikationsverhalten und Buch“ der Infratest Medienforschung.

Schaubild 1

**Von 100 000 Kindern unter 15 Jahren starben 1970 und 1977**



107 79

Einen möglichen Weg zur weiteren Senkung der Säuglingssterbefälle weist die Untersuchung der Todesursachen: jeder zweite Sterbefall wurde durch Einflüsse während der Schwangerschaft bzw. unmittelbar bei der Geburt verursacht, denn zu 26% führten angeborene Mißbildungen, zu 13% Frühgeburten und zu 10% Geburtsverletzungen zum Tode des Säuglings.

**Fast 200 Kinder bei Kraftfahrzeugunfällen getötet**

Daneben werden Kinder von vielen anderen gesundheitlichen Gefahren bedroht: 1977 starben insgesamt 1845 Kinder vor Vollendung ihres 15. Lebensjahres, das sind, bezogen auf 100 000 Kinder dieser Altersgruppe, immerhin 95 Sterbefälle (Schaubild 1). Die größte tödliche Gefahr liegt in der perinatalen Morbidität. Aber schon an zweiter Stelle rangieren Unfälle, Vergiftungen und

Gewalteinwirkungen, denen 400 Kinder (20%) zum Opfer fielen. Unter den 333 Kindern, die 1977 durch einen Unfall ums Leben kamen, waren über 60% Verkehrstote.

Todesursache	Todesfälle
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkung	400
darunter	
Kraftfahrzeug-Unfälle	197
häusliche Unfälle	89
Sport- und Spielunfälle	47
Mord, Totschlag und sonstige Gewalteinwirkung	20
Selbstmord und Selbstbeschädigung	13

Im Jahr 1977 begingen immerhin 13 Kinder in Baden-Württemberg Selbstmord und wahrscheinlich liegt die Zahl der Suizidversuche noch sehr viel höher. Für diese Vermutung spricht zumindest eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung zweier Kieler Psychologen der Abteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie der Kieler Universitätsklinik, die ermittelten, daß sich im Raum Kiel die Zahl der gescheiterten Selbsttötungen sprunghaft erhöhte. Die Befragung von weit über 100 geretteter Kinder und Jugendlicher zwischen 8 und 18 Jahren zeigte, daß zu 35% Konflikte im Elternhaus unmittelbar Anlaß für den zu 90% mit Tabletten versuchten Selbstmord waren. Jeder fünfte wollte sein Leben beenden, weil er Probleme in Schule oder Lehre hatte. Jeder zehnte suchte die Flucht in den Tod, weil er eine wichtige Bezugsperson verlor. Nicht überraschen, aber alarmieren sollte die Tatsache, daß nur 15 von 100 dieser Kinder und Jugendlichen tatsächlich sterben wollten. Die übrigen versuchten – zum Teil zum wiederholten Mal – mit diesem letzten Schritt auf ihre seelische Not aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus sind – neben den älteren Menschen – speziell Kinder und Jugendliche relativ häufig an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligt. Dies zeigt schon die für 1977 mit 10,7% hohe Todesrate der Kinder unter 15 Jahren wie auch die Zahl von über 6400 Unfallbeteiligten dieser Altersgruppe, was zum Teil erhebliche Verletzungen und auch lebenslängliche Schädigungen mit allen damit verbundenen Konsequenzen einschließt. So erleiden in der Bundesrepublik nach einer Schätzung des Münchner Max-Planck-Instituts von 1977 jährlich 3000 Kinder bei Verkehrsunfällen Hirnverletzungen, die zu neurologischen Dauerschäden führen. Bei Fußgängern sind vor allem die Klein- und Schulkinder betroffen, bei Radfahrern Kinder im schulpflichtigen Alter, bei Mofa- und Mopedfahrern Angehörige der Altersgruppe von 15 bis 18 Jahren sowie bei Kleinkraftködern und Kraftködern Jugendliche von 16 bis 21 Jahren. Die letzte Altersgruppe gehört insgesamt zu den gefährdetsten im Straßenverkehr überhaupt: Die Unfallbeteiligungsziffer auf 10 000 der Bevölkerung liegt bei den 16- bis 18jährigen doppelt so hoch und bei den 18- bis 21jährigen mehr als dreimal so hoch wie bei dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (Tabelle 7).

Besonders intensive medizinische, aber auch menschliche Betreuung und dauernde Förderung brauchen insbesondere diejenigen Kinder, die in irgendeiner Weise körperlich oder geistig behindert sind, und das waren 1974 immerhin 56 800, also rund

Tabelle 7  
**Die an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Fußgänger und Fahrzeugführer nach Altersgruppen 1977**

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Unfallbeteiligte insgesamt	Unfallhäufigkeit <sup>1)</sup>	Darunter									
			Fußgänger		Fahrer von							
					Fahrrad		Mofa Moped		Kraftroller		PKW <sup>2)</sup>	
Zahl	1)	Zahl	1)	Zahl	1)	Zahl	1)	Zahl	1)	Zahl	1)	
Insgesamt	100 939	111	8 242	9	5 957	7	6 741	7	6 325	7	66 214	73
darunter												
unter 6	1 158	19	1 095	18	62	1	-	-	-	-	1	-
6 bis 15	5 286	39	2 297	17	2 819	21	146	1	8	-	6	-
15 bis 16	1 297	84	121	8	256	17	879	57	23	2	17	-
16 bis 18	5 991	203	255	9	296	10	2 572	87	2 657	90	166	6
18 bis 21	14 198	344	282	7	195	5	611	15	2 068	50	10 698	259

<sup>1)</sup> Auf 10 000 der Bevölkerung kamen ... Unfallbeteiligte. – <sup>2)</sup> Einschließlich Kombinationskraftwagen.

3% aller Kinder unter 15 Jahren. Fast 90% dieser behinderten Kinder waren im schulpflichtigen Alter, 37 500 besuchten eine Sonderschule oder einen Sonderschulkindergarten (hauptsächlich die lern- oder geistigbehinderten bzw. die seh- oder hörbehinderten Kinder) und 48 100 waren wegen ihrer Behinderung in ärztlicher oder sonstiger Behandlung. Der ganz überwiegende Teil der behinderten Kinder (84%) wurde innerhalb der eigenen Familie versorgt, und zwar zu zwei Dritteln in Familien mit ein bis drei und zu einem Drittel in Familien mit vier und mehr Kindern. In Anstalten lebten 9100 behinderte Kinder.

### Hohe Dunkelziffer bei Kindesmißhandlungen – Kinder kommen mit Gesetz in Konflikt

Kinder leiden – sehr viel häufiger als nachgewiesen werden kann, durch sogenannte Erziehungsmaßnahmen der Eltern. 1977 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 34 Personen wegen „Mißhandlung von Schutzbefohlenen“ verurteilt; betroffen waren hier von mindestens 43 Kinder. Dafür, daß die wirkliche Gesamtzahl der Mißhandlungen sehr viel höher liegt, spricht eine Mitteilung der UNESCO anlässlich des Weltkindertages, wonach schätzungsweise nur jeder zwanzigste Fall einer Kindesmißhandlung bekannt wird. Der Grund für die hohe Dunkelziffer von 95% wird in der gleichgültigen Haltung und dem Desinteresse der unmittelbaren Umgebung des Kindes vermutet; hinzu kommt die Furcht des Anzeigenden vor eventuellen Schwierigkeiten.

Die Skala der strafbaren Delikte im Zusammenhang mit Kindern reicht jedoch weiter: 1977 wurden insgesamt 487 Personen wegen Straftaten an über 770 Kindern verurteilt. Annähernd 600 Kinder wurden sexuell mißbraucht bzw. vergewaltigt (358 verurteilte Personen) und in 71 Fällen (bei insgesamt 95 betroffenen Opfern) wurden die Täter wegen Körperverletzung (einschl. gefährlicher) verurteilt.

Kinder nehmen jedoch nicht nur physisch, sondern auch psychisch Schaden. Dies äußert sich nicht zuletzt darin, daß sie selbst mit dem Gesetz in Konflikt kommen. So waren nach den Ergebnissen der Kriminalstatistik 1978 unter 100 Tatverdächtigen 5 Kinder (unter 14 Jahre), 15 Jugendliche (14 bis 18 Jahre) und 14 Heranwachsende (18 bis 21 Jahre). Die entsprechenden Anteile an der Wohnbevölkerung (am 1.1.1978) betragen 19% (Kinder), 7% (Jugendliche) und 5% (Heranwachsende). Darüber hinaus hat die Zahl aller unter 21jährigen Tatverdächtigen gegenüber 1976 überdurchschnittlich und – speziell bei Kindern und Jugendlichen – besorgniserregend zugenommen:

Tatverdächtige	1978	Veränderung in % 1978/1976
Insgesamt .....	170 176	+ 3,9
darunter		
Kinder .....	8 846	+ 12,5
Jugendliche .....	25 840	+ 13,6
Heranwachsende .....	23 939	+ 4,2

Bei Kindern und Jugendlichen ist der Diebstahl weitaus das häufigste Delikt. Von 100 derartigen Straftaten werden 26 von Jugendlichen und 9 von Kindern verübt. In der Rangskala folgen die Sachbeschädigungen, Körperverletzungsdelikte sowie Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer. Jede vierte Brandstiftung geht auf das Konto eines Kindes und jeder zweite Handtaschenraub wird von einem Jugendlichen verübt. Rauschgiftdelikte kommen bei Jugendlichen mit insgesamt 472 Tatverdächtigen fast so häufig vor wie Raub und räuberische Erpressung. Heranwachsende sind 1742 mal wegen dieser Deliktart mit dem Gesetz in Konflikt geraten; damit wurden 31% aller erfaßten Rauschgiftdelikte von 18- bis 21jährigen verübt (*Schaubild 2*).

### Stationen der Erziehung – wachsender Schulerfolg

Baden-Württemberg liegt in der Versorgung mit Kindergärten an der Spitze der Bundesländer. Landesweit gesehen steht heute

für jedes Kind im Vorschulalter ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Demgegenüber kommen auf 100 grundschulpflichtige Kinder lediglich 1,9 Kinderhortplätze. Darüber hinaus hat sich die Zahl der verfügbaren Plätze in anderen Betreuungseinrichtungen vermindert:

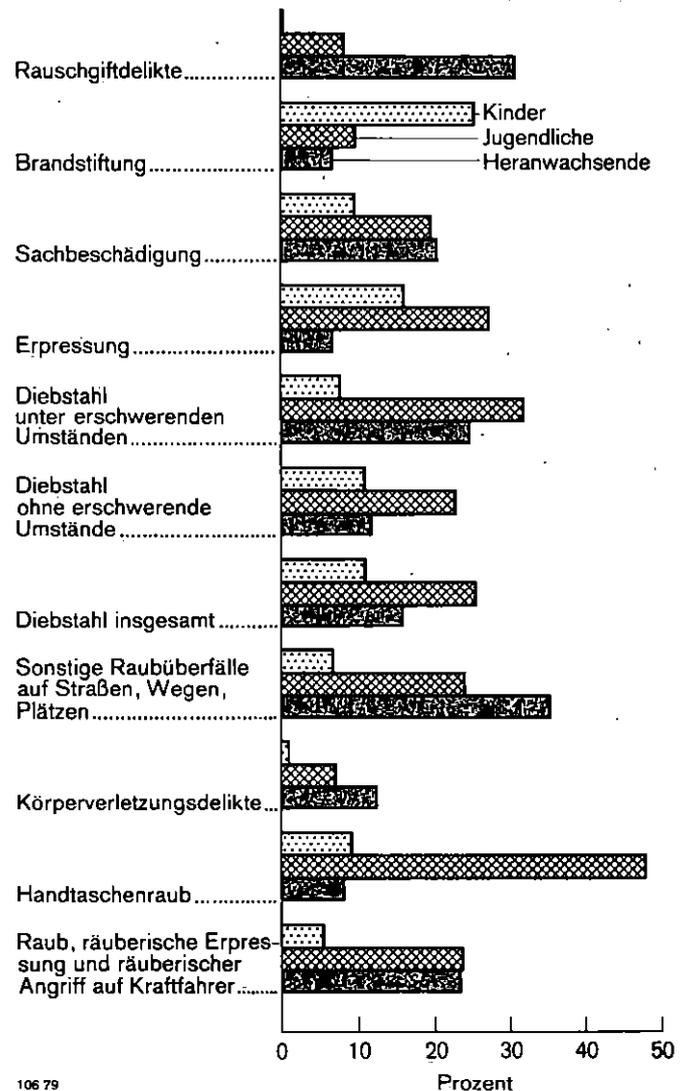
Betreuungseinrichtungen	Verfügbare Plätze	
	1973	1977
Säuglings- und Kinderheime .....	7 848	6 053
Kinderkrippen .....	4 156	3 418
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige .....	8 124	5 336
Jugendwohnheime .....	9 007	5 239
Schülerwohnheime .....	5 509	4 461
Sonder- und Beobachtungsheime .....	6 758	4 604

Eine bessere Versorgung wurde dagegen beispielsweise bei Erziehungsheimen sowie den Jugendbildungsstätten erreicht. Außerdem hat sich seit 1973 die Zahl der Erziehungs- und Jugendberatungsstellen von 135 auf 152 erhöht.

Ab 1965 hat auch das Sonderschulwesen, insbesondere die wegen quantitativer Aspekte wichtige Lernbehindertenschule, eine entscheidende Ausweitung erfahren. Während es 1950 erst 102 Sonderschulen mit insgesamt 9031 Schülern, darunter 4128 Lernbehinderte gab, hat sich die Zahl der Schulen bis 1978 mehr als

Schaubild 2

### Anteil der Tatverdächtigen in der Altersgruppe unter 21 Jahren nach Einzeldelikten 1978



verfünffacht (542) und die Zahl der Sonderschüler versiebenfacht, wobei allerdings die lernbehinderten Schüler um mehr als das zehnfache zahlenmäßig zugenommen haben.

Für eine gewisse Determinierung der Lernbehinderung durch soziale Faktoren spricht die Übergangstatistik zum Ende des 4. Schuljahres 1977: Danach stammen etwa 70% der rund 700 Sonderschulübergänger aus Arbeiterfamilien, weitere 7 bis 10% aus vaterlosen Haushalten oder Familien ohne Berufsangabe, rund 11% aus Familien von Akademikern, Beamten und Angestellten und rund 8% aus Familien von Selbständigen. Mit einem Anteil von 19,7 war jeder fünfte Übergänger auf Sonderschulen ein ausländisches Kind.

Aufgrund einer sehr hohen Neigung zum Verbleib in der einmal gewählten Schulart (90%) kommt den Nahtstellen des Bildungssystems bezüglich der Wahl der Schullaufbahn kardinale Bedeutung zu: Der schulische Aufstieg wird zu 70% beim Übergang auf weiterführende allgemeinbildende Schulen und zu 30% beim Übergang auf berufliche Schulen bestimmt; umgekehrt erfolgt der schulische Abstieg (zu verstehen als Korrektur der bisherigen Schullaufbahn auf eine niedrigere Schulabschlußebene) zu 25% in der 5. Klassenstufe.

Generell ist der Schulerfolg in den letzten Jahren, trotz punktuell auftretender Schulschwierigkeiten, nicht unerheblich gestiegen:

- Die Quote der nicht versetzten Schüler hat sich, und dies in allen Schularten, seit 1970 fast halbiert; somit vollzieht sich der Durchlauf der Schülerströme durch das Schulsystem rascher und reibungsloser als früher.
- Der erfolgreiche Abschluß der Hauptschüler hat steigende Tendenz, denn neben den Nichtversetzungen haben auch die Sonderschulüberweisungen und die vorzeitigen Abgänge in einen Beruf erheblich an Gewicht verloren.
- Die Übergänge auf Realschulen und Gymnasien sind in den letzten Jahren wieder stärker gestiegen.

Dem größeren Schulerfolg stehen Klagen über steigenden Schulstreß gegenüber. Dieser scheint jedoch sowohl durch einen erhöhten Leistungsdruck in der Schule als durch höhere Erwartungen der Eltern an die Schüler zu entstehen, denn besonders Kinder aus sogenannten bildungsnahen Schichten dürften unter überzogenen Erwartungen ihrer Eltern zu leiden haben. Diese Vermutung resultiert aus der in den letzten Jahren angesichts der Höchstwerte erreichenden Übergangquoten auf Realschulen und Gymnasien (Sommer 1978 zusammen 58%) zunehmenden Zahl von Kindern insbesondere aus Akademiker- und Angestelltenfamilien, die die 4. Klasse freiwillig wiederholen, um sich damit bessere Startchancen für die weiterführende Schule zu sichern. Im vergangenen Schuljahr taten dies aus eigenem Antrieb 2400 Schüler, fast doppelt so viele wie Sitzbleiber des Vorjahres.

### Situation der Ausländerkinder

Ein Schlaglicht auf die besonderen Schwierigkeiten einer Gruppe von Kindern, die in unserer Gesellschaft leben, nämlich diejenigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, werfen neben anderen vor allem zwei Gesichtspunkte: deren schulische Situation sowie ihre Beteiligung an kriminellen Handlungen.

So weist die bereits erwähnte Übergängerstatistik zum Ende des 4. Schuljahres 1977 jeden fünften Sonderschulübergänger als Ausländer aus. Die Zunahme der Ausländerkinder an Sonderschulen zwischen 1970 und 1978 von 1260 auf 7885 (+ 526%) kann nur zu einem geringen Teil mit der allgemeinen Zunahme der schulpflichtigen ausländischen Bevölkerung (rund 100% im gleichen Zeitraum) erklärt werden. Sie zeigt vielmehr die wachsenden Schwierigkeiten auf, die ein Teil dieser gesellschaftlichen Gruppe in unserem Schulsystem zu bewältigen hat.

Die Anpassungsprobleme scheinen, wenn man die Überweisungen auf die Lernbehindertenschulen nach Nationalitäten differenziert betrachtet, insbesondere für Kinder türkischer und italienischer Abstammung zu gelten. Im Gegensatz zu diesen verzeich-

nen die jugoslawischen und griechischen Kinder nicht nur einen relativ geringen Sonderschulbesuch, sondern auch eine wachsende Übergangsquote auf weiterführende Schulen, insbesondere auf Realschulen. Den Förderungsmaßnahmen für ausländische Schüler ist damit die wichtige Aufgabe gestellt, nicht nur die sprachlichen Fähigkeiten zu erweitern, sondern auch in vielen Fällen die kulturelle Distanz zwischen Herkunfts- und Aufenthaltsort zu überbrücken.

Die Schwierigkeiten eines Teils der ausländischen Jugend mit der deutschen Schule verdeutlicht auch ihr hoher Wiederholeranteil im Grund- und Hauptschulbereich, der – obgleich in der Tendenz abnehmend – mit 4,4% immer noch fast dreimal so hoch ist wie bei der deutschen Schülerschaft (1,6%). Außerdem ist festzustellen, daß die ausländischen Schüler in ihrer Mehrzahl nicht bis zum Hauptschulabschluß vorstoßen. Wenn es ihnen gelingt, die 9. Klasse zu erreichen, so schließen sie auch in hohem Maße die Hauptschule erfolgreich ab, doch leider ist die Zahl derjenigen, die schon vorher die Hauptschule verläßt – teilweise in Richtung Ausland – wesentlich höher. Dieses „Versickern“ der ausländischen Schüler hat neben der Rückwanderung vielfältige Ursachen und bedarf großer Aufmerksamkeit, denn ob die Ausländerkinder ohne Hauptschulabschluß in den Beruf streben oder in ihr Heimatland zurückkehren, ob sie ihren Eltern helfen oder gar nicht berufstätig sind –, in jedem dieser Fälle ist für sie eine qualifizierte Berufsausbildung kaum zu erreichen. So hatten von den 10 336 ausländischen Schülern an den öffentlichen Berufsschulen im Oktober 1978 auch nur 4470 (43%) einen Ausbildungsvertrag, fast 3100 (30%) waren als Jungarbeiter beschäftigt und immerhin 2200 (21,3%) gaben an, arbeitslos zu sein. Deutsche Berufsschüler verfügten dagegen zu 92% über einen Ausbildungsvertrag und 1,8% wurden als arbeitslos gemeldet. Die differenzierte Betrachtung weist dabei wiederum auf die besonderen Anpassungsprobleme türkischer und italienischer Berufsschüler hin, die nur zu 24,8 bzw. 37,7% eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf erhielten. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als gerade die Jugendlichen dieser Nationalitäten mit einem Anteil von 60% die stärkste Ausländergruppe in den Berufsschulen stellen.

Die Anfälligkeit gegenüber kriminellen Handlungen hat in den letzten Jahren bei der Gruppe der unter 21jährigen Ausländer stark und überdurchschnittlich zugenommen. Besonders die Kinder unter 14 Jahren sowie die Heranwachsenden 18- bis unter 21jährigen taten sich in diesem Zusammenhang hervor. Während 1976 noch 4,6% bzw. 10,8% aller tatverdächtigen Ausländer Kinder bzw. Heranwachsende waren, hat sich deren Anteil auf 5,4% bzw. 12,0% im Jahr 1978 erhöht.

Tatverdächtige Ausländer	1976	1978	Veränderung in % 1978/1976
Insgesamt .....	28 364	31 869	+ 12,4
darunter			
Kinder .....	1 314	1 705	+ 29,8
Jugendliche .....	2 763	3 288	+ 19,0
Heranwachsende .....	3 066	3 816	+ 24,5

Die Zunahme der Delikte geht dabei hauptsächlich auf das Konto des Diebstahls, der im übrigen, wie auch bei der entsprechenden Altersgruppe deutscher Tatverdächtiger, häufigsten Deliktart. Von 100 derartigen Straftaten wurde 1978 fast jede Zweite (47%) von unter 18jährigen Ausländern verübt, davon je 14 von Kindern und Heranwachsenden sowie 19 von Jugendlichen. Während bei den unter 14jährigen Tatverdächtigen darüber hinaus vor allem die Sachbeschädigung sowie die Brandstiftung und Roheitsdelikte eine Rolle spielen, fallen bei den jugendlichen und heranwachsenden Straftätern neben den Vergehen gegen das Ausländergesetz hauptsächlich die Roheits- und Körperverletzungsdelikte, die Sachbeschädigungen sowie Vermögens- und Fälschungsdelikte ins Gewicht.

Monika Wild